

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/186

28. September 1976

Alles-oder-nichts-Agitation der CDU/CSU gefährdet den  
Frieden

Die SPD wird die erfolgreiche Deutschlandpolitik fortsetzen

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied der Bundestags-Ausschüsse für Auswärtiges und  
für Verteidigung

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Auf diesen Strauß hat unser Kontinent gewartet!

Der CSU-Chef demonstriert, was die Union Europa zu bieten hat

Von Dr. Alfons Beyerl MdB  
Vorsitzender der Landesgruppe der Bayerischen Abgeordneten  
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 94 Zeilen

Lockheed-Skandal wird rückhaltlos geklärt

Herbert Wehnere und der SPD Wort bürden dafür

Von Knut Terjung  
Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 75 Zeilen

Erfolg sozialdemokratischer Solidarität

Die Sportler-Aktionen für Bundeskanzler Helmut Schmidt

Von Dr. Adolf Müller Emmert MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 7 / 37 Zeilen

Ein ganzes Leben für die Gerechtigkeit

Zum 80. Geburtstag der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert

Von Elfriede Eilers MdB  
Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzende der  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Seite 8 und 9 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Herschelallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressenhäus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 28 80 37 - 38  
Telek: 05 88 546-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Köfner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Aller-oder-nichts-Agitation der CDU/CSU gefährdet den Frieden

Die SPD wird die erfolgreiche Deutschlandpolitik fortsetzen

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestags-Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist in den letzten Tagen zunehmend in den Wahlkampf einbezogen worden. Sie wird von den Unions-Parteien als Gradmesser der Entspannung- und Ostpolitik der sozialliberalen Regierung benützt. Eine sachlich geführte politische Auseinandersetzung über diesen Bereich der Politik ist jederzeit begrüßenswert, und wir Sozialdemokraten haben durch unser permanentes Angebot an die Opposition, in der Ostpolitik mitzuwirken, die Möglichkeiten dazu eröffnet. Die Unions-Parteien haben diese Offerten aber nicht aufgegriffen; im Gegenteil: Bei den Verhandlungen und in der parlamentarischen Behandlung der Verträge haben sie sich entweder hinter ein destruktives "Nein" - wie bei der KSZE - oder in die Stimmenthaltung - wie bei den Ostverträgen - zurückgezogen, oder sie waren - wie beim Atomwaffensperrvertrag - nicht in der Lage, ein einheitliches Meinungsbild herzustellen.

Jetzt, im Wahlkampf, greift die Opposition das Vertragswerk mit der DDR hemmungslos an. Den Schaden, der dabei für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR entsteht, nimmt sie in Kauf, wenn dabei auch nur ein paar Stimmen mehr für sie am 3. Oktober abfallen. Sie setzt mit voller Absicht das Vertragswerk einer gefährlichen Belastungsprobe aus. Dazu gehört das Stern-Fahrt-Unternehmen der Jungen Union genauso wie der Entschluß der Uelzener CDU-Stadtratsfraktion, ausgerechnet während der Wahlkampfzeit eine Sitzung in Westberlin abzuhalten. Wer garantiert uns, daß die CDU/CSU nicht noch in den allerletzten Tagen vor der Wahl eine weitere Aktion der Verschärfung auf den Transitwegen versucht?

Die Agitation der Opposition gegen die Ostpolitik überlagert und verzerrt durch deren Wahlkampfpoetik die positiven Ergebnisse dieser Politik. Sie sollen geradezu aus dem Bewußtsein verdrängt werden. Die Union versucht in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob sich die Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze in jüngster Zeit vermehrt hätten. Das ist eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit. Jeder Erschossene an der innerdeutschen

Grenze fällt einem Verbrechen zuviel zum Opfer; aber wir konnten im Gegensatz zur CDU/CSU den unerträglichen Zustand wenigstens abmildern, wie folgende Statistik über Todesfälle an der innerdeutschen Grenze sowie im Raum um Westberlin zeigt: 1961: 21; 1962: 40; 1963: 29; 1964: 15; 1965: 15; 1966: 13; 1967: drei; 1968: vier; 1969: sieben; 1970: null; 1971: neun; 1972: drei; 1973: sechs; 1974: drei; 1975: zwei; 1976 bisher zwei.

Mit einer Politik des Alles oder Nichts, wie sie die Opposition führen würde, kann der Frieden nicht stabilisiert werden. Eine Kalte-Kriegs-Politik wäre ein Geschenk der CDU/CSU an die SED. Durch ihre Konfrontationspolitik gefährden die Unions-Parteien nicht nur die menschlichen Erleichterungen, sondern die ganze auf Ausgleich gerichtete Ostpolitik.

Wir Sozialdemokraten werden unsere erfolgreiche Außen- und Deutschlandpolitik fortsetzen und der SED-Politik des ständigen Wechsels zwischen Abgrenzung und Öffnung durch eigene Initiativen begegnen. Wir haben das bisher Mögliche erreicht. Die erste Phase der neuen Außen- und Deutschlandlandpolitik bestand darin, durch Verträge eine Grundlage für die Beziehungen zwischen Ost und West zu schaffen, mit dem Ziel, das steile Spannungsgefälle zu mildern. Die Faszination dieser ersten Phase sozialliberaler Ostpolitik hat dazu beigetragen, daß in der Bevölkerung die Schwarz-weiß-Schemata im Ost-West-Verhältnis abgebaut wurden. Überspannte Erwartungen in Teilbereichen der Bevölkerung sind einer sachlichen Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen dieser Politik gewichen. In der vor uns liegenden zweiten Phase kommt es darauf an, auch in Bereichen politischer Abgrenzung seitens der SED durch Verhandlungen zu einer Kooperation zu gelangen und in Kleinarbeit durch Folgeabkommen das Geflecht der ost-westlichen Vereinbarungen zu stabilisieren und dieser Politik eine Eigendynamik zu verschaffen, die sie unumkehrbar macht.

Die Weichen dafür sind auch durch die Handlungsanweisungen der KSZE-Schlußakte gestellt. Bei der KSZE-Überprüfungskonferenz kommt es im Sommer nächsten Jahres in Belgrad darauf an, hemmende Entwicklungen kritisch zur Sprache zu bringen und die Zielvorgabe dort neu festzulegen, wo Angestrebtes bereits erreicht ist.

(-/28.9.1976/va/ee)

+ + +

Auf diesen Strauß hat unser Kontinent gewartet !  
-----

Der CSU-Chef demonstriert, was die Union Europa zu bieten hat

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe der Bayerischen Abgeordneten

in der SPD-Bundestagsfraktion

Rechtzeitig vor der Wahl hat der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß be- weisen wollen, daß er auch auf dem Gebiet der Europapolitik der zuständige Mann in der Opposition ist. Mit seinen Forderungen in der Septemberausgabe der Zeitschrift "Europa-Union" zeigt er, wie weit seine Füße tragen: nur bis zum Abklatsch dessen, was an Perspektiven durch sozialdemokratische Europa- politik seit 1969 überhaupt erst eröffnet wurde, und sogar dessen, was so- zialdemokratische Bundeskanzler bereits verwirklicht haben - zum Teil gegen den Widerstand der CDU/CSU.

Die wichtigste Aussage seiner Europapolitik sei die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft, sag- te Strauß. Davon wagte man unter drei christdemokratischen Bundeskanzlern nicht zu träumen, aber nach 1969 sind die Sozialdemokraten auf diesem Ge- biete schrittweise vorangekommen. Bundeskanzler Willy Brandt nämlich ist es gewesen, der mit den anderen Staats- und Regierungschefs 1969 in Den Haag die europäische politische Zusammenarbeit vereinbarte. Seitdem hat die Ge- meinschaft durch gemeinsames Auftreten in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE-Vereinbarung in Helsinki), in den Vereinten Nationen beim euro-arabischen Dialog und in einer gemeinsamen Mittelmeerpolitik ihre Ostbeziehungen gestärkt, und ist sich als Gesamtheit immer deutlicher ihrer Ver- antwortung in der Welt bewußt geworden. Diese Politik wurde auf der Pariser Gipfelkonferenz von 1972 noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Nun eröffnete die Volksrepublik China eine diplomatische Vertretung bei der Gemeinschaft, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die Wirtschaftsorganisation der Ostblockstaaten, bot ihr offizielle Beziehungen an. Im Jahre 1975 schlossen 46 Staaten des afrikanischen, pazifischen und karibischen Raumes (AKP-Staa- ten) mit der Gemeinschaft den Vertrag von Lomé. Will Strauß mit seinen Aus- sagen den Bürger also offen für dumm verkaufen, statt/oder die eigene Ein- feltlosigkeit bemängeln?

Die Praxis einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde zu einem guten Teil während der KSZE-Verhandlungen geprägt. Ungeachtet militä- rischer Bereitschaft teilen alle Mitgliedstaaten die Ansicht, daß verhandeln sollte, wer nicht schießen will. Auch eine CDU/CSU müßte auf der Grundlage der Vereinbarungen von Helsinki arbeiten. Aber sie zog es vor, sich sogar in- nerhalb der europäischen Christdemokraten zu isolieren und zusammen mit den italienischen Neofaschisten und mit Albanien gegen die KSZE Front zu machen. Es ist die alte Illusion deutscher Konservativer, man könne mit einer Poli- tik der Stärke und der Konfrontation außenpolitische Probleme lösen. Damit sind wir schon zweimal ins Verderben geraten. Diese ostpolitische Traumwand- lerei will die CSU offensichtlich nicht aufgeben. Sind Strauß und Carstens also außenpolitische Hasardeure statt/oder nur verbale Kraftmeier ?

Aber Strauß geht weiter: Er fordert die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Auch diese ist ein Kind des Haager Gipfels von 1969 und ein

altes Ziel der SPD. Seither hat die sozialliberale Bundesregierung alles getan, damit die Gemeinschaft die notwendige Vorstufe - nämlich eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungs politik - erreicht. Dies scheiterte an der weltweiten Wirtschaftskrise, die kein EG-Staat so gut überwunden hat, wie die Bundesrepublik, trotz aller irreführender Vorschläge der CDU/CSU.

Die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen soll angeblich durch Strauß und die CDU/CSU verbessert und ein Europäisches Parlament mit echten parlamentarischen Rechten gewählt werden. Wie soll man das aber glauben, wo doch drei CDU/CSU-Regierungen während der 60er Jahre diese uralten SPD-Forderungen nicht verwirklicht haben? Warum hat Carstens als CDU-Staatssekretär im Auswärtigen Amt nationale Initiativen für eine Direktwahl zum Europäischen Parlament für "gemeinschaftswidrig" erklärt? Warum hat die CDU/CSU solche nationalen Initiativen erst 1974 vorgeschlagen, als die sozialliberale Bundesregierung zusammen mit den anderen Mitgliederregierungen der EG und dem Europäischen Parlament selbst die europäische Arbeit an der Direktwahl endlich zu einem Erfolg zu führen im Begriffe war? Echte Befugnisse des Europäischen Parlaments stehen auf dem Programm der SPD, schon lange bevor die CDU/CSU ein parlamentarisches Organ auf Gemeinschaftsebene überhaupt zulassen wollte. Aber inzwischen kann die Bundesregierung diesen Erfolg einbringen. Sind die Strauß-Forderungen nun diejenigen eines Plagiators statt/oder die eines Siebenschläfers?

Schließlich geht Strauß mit der Unwahrheit hausieren, daß die Bundesregierung mehr nach Osten als nach Westen zahle. Er widerspricht damit allen Sachkennern, insbesondere auch der deutschen Industrie, allen voran Wolf von Amerongen. Wer sich um den Posten eines Finanzministers bewirbt und die deutsche Außenpolitik entscheidend mitgestalten will, dem sollte bekannt sein, was jeder weiß: Unser jährlicher Haushaltsbeitrag an die EG, unsere bilateralen Hilfen an Italien, unsere Währungsbeistände in westlicher Richtung, unsere Leistungen innerhalb der NATO, schließlich unsere Wiedergutmachungsleistungen stellen alles, was nach Osten fließt, weit in den Schatten. Strauß sollte auch wissen, daß unsere Wirtschaft trotz der Zunahme des Osthandels dort nur zu sieben vH engagiert ist, daß dieser Zunahme aber über 300.000 Arbeitsplätze zu verdanken sind. Will hier jemand nichts als die Macht erlangen oder und dabei, ohne statt und oder, die friedliche Zusammenarbeit aufs Spiel setzen?

So sieht es also aus, was Strauß als seine Europapolitik anzubieten hat; um sich aber doch von einer sozialdemokratischen Alternative absetzen zu können, stößt er gleich alle unsere ausländischen Partner auf den Kopf. Unsere Partner in den USA, London und Paris, mit denen die sozialdemokratischen Bundeskanzler Ostpolitik ebenso wie die Europapolitik in allen Phasen abgestimmt haben und weiterhin abstimmen werden, finden sich von Strauß verhöhnt. Dem westlichen Bündnis, für das die Bundesrepublik inzwischen ein Eckpfeiler geworden ist, werden "Wunschträume und Wahnvorstellungen" bescheinigt. Und das Unsinnigste: Eine Europäische Union wird mit "Großfinnland" gleichgesetzt. Worüber sowohl Finnland als auch alle anderen Beteiligten nur den Kopf schütteln können.

Strauß: ein politisches CSU-Fossil aus den 50er Jahren statt/oder ein Risiko für Europa? - Sicherlich beides!  
(-/28.9.1976/va/pr)

+ + +

Lockheed-Skandal wird rückhaltlos geklärt

Herbert Wehnert und der BPD Wort bürden dafür

Von Knut Terjung

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

"Ob' immer Treu und Redlichkeit" - mit dieser Melodie will sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in den CSU-Fernsehspots zu erkennen geben und so seine edelsten Tugenden dem Wählervolk empfehlen. Das neue Markenzeichen der alt vertrauten Volkswaise hat er sich auf den Leib geschrieben, aus Liebe zur Wahrheit - darf vermutet werden - für saubere Verhältnisse.

Wenn sich der Nebel um die "Starfighter"-Affäre lichtet, stehen die Treue und Redlichkeit des Strategen von "Sonthofen" erneut auf dem Prüfstand. 86 tote Piloten - 187 abgestürzte Maschinen - gigantische Verluste von Steuergeldern - miserable Verträge - auch Schmiergelder? Der für den Ankauf des "Starfighters" verantwortliche Minister quittierte das düstere Kapitel "Lockheed" jüngst so: "Mir hängt der Quatsch zum Halse raus"!

In den intensiven Aufklärungsmaßnahmen der Regierungskoalition, alle möglichen Dokumente herbeizuschaffen und auszuwerten, wittert der CSU-Vorsitzende eine gegen ihn gerichtete "Kampagne". So zieht er die Affäre an sich. Eine von seinen publizistischen Helfern im Sonntags-"Bild" gerückte lächerliche Fälschung eines angeblichen CIA-Briefes lastet Strauß - wie originell - dem KGB an und versteigt sich aladann zu der These, dies zeige, "in welcher Gesellschaft sich die Bundesregierung befindet und offensichtlich wohl fühlt". Böse Mächte, sowjetischer Geheimdienst und sozialliberale Koalition verfolgen nach Ansicht von Strauß in enger Verbrüderung einen Unschuldigen, der sich doch immer nur Treu' und Redlichkeit' verpflichtet sah. Dabei verdient festgehalten zu werden: Die SPD hat im Zusammenhang mit dem "Starfighter"-Geschäft keine Anschuldigungen gegen Strauß erhoben, die nicht beweisbar sind. Die Freund-Feindschaft zu Hauser hat sich Strauß selbst zugezogen.

Folgende Tatsachenkette wirft allerdings gewichtige und klärungsbedürftige Fragen auf:

1/ Unter dem Verteidigungsminister Strauß wurden Ausschüsse des Deutschen Bundestages hinteres Licht geführt. "Über die Voraussetzungen (des

'Starfighter'-Geschäfts), den Ablauf und den Umfang sowie über die technischen und finanziellen Risiken des Vorhabens und damit über die Tragweite der zu fällenden Entscheidung (wurden sie) nicht ausreichend und teilweise sogar unzutreffend unterrichtet", wie der Bundesrechnungshof darlegt. Die Frage der Kontrollinstanz, warum später keine personellen Folgerungen aus der falschen Unterrichtung des Parlaments gezogen seien, beantwortete das Verteidigungsministerium so: Das "lasse sich nicht mehr feststellen."

2/ Unter dem Verteidigungsminister Strauß wurde das Jefferies-System "F-104 G" - abweichend von der Ordnung - ohne Erprobung in Serienauftrag gegeben. Die "Überstürzte Beschaffung" führte, wie der Bundesrechnungshof konstatiert, sogar zur "Schwächung der materiellen und psychologischen Verteidigungskraft". "Der Schaden muß bei vorsichtiger Schätzung mit mehreren hundert Millionen DM angenommen werden." "Selbst der NATO-Rat mußte im Dezember 1962 die Konsequenzen erörtern, die sich daraus ergaben, daß die F-104 G als Allwetterjäger nicht einsetzbar war."

3/ Unter dem Verteidigungsminister Strauß, der sich im Januar 1959 persönlich in die Abschlußverhandlungen einschaltete, sind abenteuerlich ungünstige Vertrags-Bedingungen mit dem Lockheed-Konzern ausgehandelt worden. In seiner Prüfungsmittteilung weist der Bundesrechnungshof darauf hin, daß bei der Entwicklung und Beschaffung zunächst rund 4,5 Millionen DM an Provisionen gezahlt wurden. Entgegen der üblichen Praxis in den USA waren Ansätze für Schenkungen, Spenden, Vertriebs-, Verteilungstätigkeiten, Bewirtung und Sonstiges grundsätzlich erstattungsfähig.

4/ Unter dem Verteidigungsminister Strauß angelegte Lockheed-Akten sind verschwunden. Nicht auffindbar sind auch Duplikate und Karteikarten. Der jetzige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Helmut Fingerhut, bestätigt, Strauß habe nach seinem Auszug aus dem Verteidigungsministerium Akten abholen lassen. "Private Akten", beschwichtigt der CSU-Vorsitzende interessierte Journalisten. Inwiefern: Es handelt sich um einen ganzen Möbeltransporter. Ist das "Privatleben" des CSU-Vorsitzenden Strauß so gewichtig? Der Möbeltransporter hat damals die Akten beim damaligen Bundesfinanzminister Strauß abgeladen. Ihr weiteres Schicksal liegt im üblichen Lockheed-Dunkel: Sie sind heute nicht auffindbar. - Ein Skandal!

"Ich gebe Ihnen mein Wort, daß die SPD-Bundestagsfraktion auf eine rückhaltlose Aufklärung drängt", hat Herbert Wehner zum Lockheed-Skandal erklärt, ohne den Namen des hektisch um sich Schlagenden zu erwähnen. Bereits am 18. Februar hatte sich die SPD-Bundestagsfraktion mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung gewandt, um die Auswertung des amerikanischen Materials zu erreichen. Nach schwierigen Verhandlungen mit dem Justizministerium der USA ist der Weg für die Prüfung des 35.000-Seiten umfassenden Materials jetzt frei. Dieses hervorragende Verhandlungsergebnis und das Wort Herbert Wehners bürgen dafür, daß der berechtigte Anspruch der Öffentlichkeit erfüllt wird, rückhaltlos zu klären, was die vorhandenen Akten hergeben und wer für das Verschwinden der übrigen Akten verantwortlich ist.

(-/28.9.1976/va/ee)

+ + +

Erfolg sozialdemokratischer Solidarität

Die Sportler-Aktionen für Bundeskanzler Helmut Schmidt

Von Dr. Adolf Müller Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die Bürgeraktion der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Sportler für die SPD - Für Bundeskanzler Helmut Schmidt" ist zu einem großen Erfolg geworden.

Was 1969 mit dem erfreulichen Einzelengagement von bekannten Sportlern begonnen hatte, war vor den Bundestagswahlen 1972 durch eine breite Initiativbewegung im Bereich des Sports ausgebaut worden und hat zu den Bundestagswahlen 1976 einen vorläufigen Höhepunkt erlebt: die dauerhafte Unterstützung der Politik der SPD durch Sportler und Mitarbeiter der Sportorganisationen. Vor dem Hintergrund einer mehr als 110jährigen Geschichte und im Kampf um Freiheit und soziale Gerechtigkeit hat die SPD zur diesjährigen Bundestagswahl eine beispielhafte Zustimmung und Hilfe aus dem Sport erhalten.

Allein unter bundesweiter Themenstellung setzten sich bekannte sowie sportlich und beruflich erfolgreiche Sportler bei mehr als 150 öffentlichen Veranstaltungen und in Presse, Rundfunk und Fernsehen für Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Ziele sozialdemokratischer Politik ein. Hinzu kommen vielfältige Veranstaltungen unter regionalen und örtlichen Gesichtspunkten.

Das außerordentlich positive Echo für die Sport-Wählerinitiative faßte der Parteivorsitzende Willy Brandt so zusammen: "Es ist gelungen, die große Sporttradition der SPD stärker als jemals zuvor in das Bewußtsein der Bürger zu rücken. Wir haben seit 1969 im Bund Leistungen in der Sportförderung bewirkt, die beispielhaft sind. Diese Erfolge werden gewiß auch von den Sportlern anerkannt".

Die Mitglieder dieser Wählerinitiative begründen ihr Bekenntnis für die Sozialdemokraten nicht allein mit der guten Entwicklung der Sportförderung. Die Deutschland- und Außenpolitik sowie die Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Bildungspolitik der Bundesregierung wurden am häufigsten als Gründe für die Unterstützung der SPD genannt. Gleichwohl ist dieser Zuspruch auch als Beweis für die Richtigkeit sozialdemokratischer Sportpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden zu werten.

Der weitere Zuwachs an Vertrauen und Sachverstand, den die Mitglieder der Sozialdemokratischen Wählerinitiative "Sportler für die SPD - Für Bundeskanzler Helmut Schmidt" der SPD entgegengebracht haben, wird in den verschiedenen Ebenen der Partei auch nach dem 3. Oktober 1976 dauerhaft genutzt werden. Die Wählerinitiative 1976 ist ein Beweis sozialdemokratischer Solidarität im Sport und hat zu einer erheblichen Mehrung des Vertrauens der Sportvereine und Verbände in die Politik der SPD beigetragen.

(-/28.9.1976/kr/pr)

+ + +

Ein ganzes Leben für die Gerechtigkeit

Zum 80. Geburtstag der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzende der  
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Die Sozialdemokratin Dr. Elisabeth Selbert, die von sich sagt, sie sei "eine fleißige Arbeiterin im Weinberg der Partei" gewesen, beging in ihrer Geburtsstadt Kassel ihren 80. Geburtstag. Hinter dieser Feststellung einer Frau, der auch der erbitterteste politische Gegner den Fleiß und guten Willen nicht abspricht, verbirgt sich ein bemerkenswerter Lebensweg, der privat, beruflich wie politisch ein ständiger Kampf für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit war.

Die Tochter eines Justizoberwachmeisters beendete ihre Ausbildung zunächst mit der mittleren Reife und wurde Telegrafin; erst einige Jahre später schaffte sie den Einstieg in ihren Beruf als Rechtsanwältin. Für damalige Verhältnisse völlig ungewöhnlich, machte sie 1920 nach ihrer Verheiratung das Abitur als Externe. Das Jurastudium absolvierte sie als junge Mutter von zwei Söhnen. Daneben brachte sie noch das Kunststück fertig, sich ebenso aktiv auch politisch zu engagieren: 1918 wurde sie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, sie trat für das Frauenstimmrecht ein und nahm als gewählte Delegierte an der ersten Reichsfrauenkonferenz 1921 teil. Bis zum Ende der Weimarer Republik und dann nach 1945 wieder setzte sie sich in den verschiedensten politischen Funktionen ein.

Elisabeth Selberts beruflicher und politischer Werdegang wurde maßgeblich von ihrem Mann, einem engagierten Sozialdemokraten, gefördert und unterstützt, und trotz "schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse", wie sie selbst sagt, hat ihre Familie Entbehrungen und Opfer auf sich genommen, um ihr den Berufswunsch als Rechtsanwältin zu ermöglichen. Sie war Mitte 30, als sie mit einem - heute noch aktuellen - Thema zum Dr. jur. promovierte: "Ehezerrüttung als Scheidungsgrund". Als 80-Jährige ist es ihr vergönnt, die Früchte dieser Arbeit zu erleben: Wenn am 1. Juli 1977 das

Erste Eheertragsgesetz in Kraft tritt, dann gilt Ehezerüttung als Scheidungsgrund und Elisabeth Selberts damalige rechtshypothetische Arbeit ist geltendes Recht geworden.

Die größten Erfolge als Juristin und Politikerin waren ihr nach 1945 beschieden: 1946 wurde sie Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung des Landes Hessen und gehörte bis 1958 dem Hessischen Landtag an. 1948/49 war sie eine der vier Frauen des Parlamentarischen Rats. Sie hatte dort maßgeblichen Anteil an der Formulierung des Artikels 2 Abs. 2 Grundgesetz: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Weitsicht bewies sie auch, als sie sich im Parlamentarischen Rat mit ihrer Auffassung durchsetzen konnte, daß das dem Gleichberechtigungsgebot entgegenstehende Recht verfassungswidrig sei und spätestens 1953 außer Kraft treten müsse. Die spätere Rechtsentwicklung und auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat Elisabeth Selbert damit präjudiziert. Weitere Themen, für die sie im Parlamentarischen Rat eintrat, waren Gerechtigkeit für uneheliche Kinder und ihre Vorstellungen zur Rechtspflege, nämlich unabhängige, nur an die Verfassung gebundene Richter; sie war auch an der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen für das Bundesverfassungsgericht maßgeblich beteiligt. Und selbst im Alter von 80 Jahren hat sich die Sozialdemokratin und Juristin Elisabeth Selbert noch nicht auf das verdiente Altenteil begeben, sie ist als Anwältin in der eigenen Kanzlei tätig.

Diese wenigen Daten eines bemerkenswerten Lebensweges zeigen, daß hier Partnerschaft tatsächlich geübt wurde, getragen von politischem Verantwortungsbewusstsein. Elisabeth Selbert hat den Einsatz für die Politik vorgelebt, "um jungen Genossinnen zu zeigen, daß die Arbeit für eine große Idee den Einsatz des ganzen Menschen erfordert und daß ein Leben für die Partei das Leben lebenswerter macht", wie sie selbst es 1947 in der "Freiheit" formulierte. Die politischen Ziele, die die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert in jahrzehntelanger Arbeit entwickelt und für die sie während ihres gesamten Lebens gekämpft hat, konnten verwirklicht werden, seitdem Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung im Bund übernommen haben.

(-/28.9.2976/va/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller